

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bieteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Stütz-Punkt)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 34.

Berlin, Sonnabend, 26. April 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die konstitutionelle Fabrik und ihre Gegner. —
zur sozialen Lage der Arbeiter. — Allgemeine Rund-
schau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. —
Anzeigen.

Die konstitutionelle Fabrik und ihre Gegner.

Wenn der „Vorwärts“ jemand „einen verhältnismäßig antändigen Arbeitgeber“ nennt, so will das immerhin etwas heißen. Der bekannte Berliner Kaloufiefabrikant Heinrich Freese dürfte sich einmal dieses Vorzuges rühmen, wenn er jetzt auch sicherlich eine andere Beurteilung durch das sozialdemokratische Zentralorgan erfährt. Tatsache ist, daß Freese in jahrzehntelangen Bemühungen veriaucht hat, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern möglichst günstig zu gestalten. Wenn er schließlich im Laufe der Jahre hier und da von dem Wege etwas abgewichen ist, den auch wir als den richtigen bezeichnen können, so liegt die Schuld daran in der Haupt- sache auf Seite der „Genossen“, die nichts unversucht gelassen haben, das gute Einvernehmen zwischen Freese und seinen Arbeitern zu zerstören.

Vor etwa drei Jahren veröffentlichte dieser Unternehmer ein kleines Buch: „Die konstitutionelle Fabrik“, in dem er über seine Betriebe, die Grundzüge der kommunalen und staatlichen Selbstverwaltung auf die gewerblichen Unternehmungen zu übertragen, berichtete. Die Schrift hat damals eine geteilte Aufnahme gefunden: die meisten Arbeitgeber vereinneten, daß es ratsam sei, konstitutionelle Einrichtungen in den Betrieben zu schaffen. Diese konstitutionellen Einrichtungen sieht Freese in der Ausstattung der Arbeiterausschüsse mit weitergehenden Befugnissen, als sie in der Gewerkeordnung vorgegeben sind. Ferner sollen der Arbeiterschaft greifbare Verbesserungen, die in der Arbeitsordnung, den Löhnen und den Wohlfahrts-einrichtungen zum Ausdruck kommen, gewährt werden. Alle diese Dinge hat Freese praktisch erprobt. In seinem Berliner Betriebe und auch in der hamburgischen Fabrik ist der Achtunderttag eingeführt und hat sich auch bewährt; in den anderen Betrieben besteht noch die 9-stündige Arbeitszeit. Die Lohnfrage ist durch Tarif geregelt. Je nach der Art des Betriebes besteht Stück- oder Zeitlohn. Außerdem wird jedem Arbeiter und Angestellten alljährlich ein Anteil vom Geschäftsgewinn gewährt. Auch Wohlfahrts-einrichtungen hat Freese geschaffen, deren Wert er weiteres Erachtens zu hoch einschätzt.

Den Arbeiterausschüssen ist ein dauernder Anteil an der inneren Verwaltung eingeräumt. Ausschlossen dagegen ist jede Mitwirkung der Arbeiterschaft, wo es sich um die kaufmännische oder finanzielle Leitung des Betriebes handelt. Freese hat dann im Anschluß an diese Darlegungen die Meinung ausgesprochen, daß die Unternehmer im Allgemeinen besser fahren würden, wenn sie den von ihm gezeigten und mit Erfolg eingeschlagenen Weg beträten.

Wie schon erwähnt, ist seinerzeit das Freese'sche Buch verschiedentlich aufgenommen worden. Neben außergewöhnlichen Anerkennungen hat es auch an Tadel nicht gefehlt. Gerade was die unangenehme Kritik anbetraf, so fanden sich die Schatzkammer aus dem Unternehmerlager und die Radikalinszis aus der Arbeiterschaft einträchtig zusammen. In dessen Freese hat sich nicht beirren lassen. Er hat an seinem System festgehalten, trotz der schlechten Erfahrungen, die er in den letzten Jahren gemacht hat und die in seiner neuesten Schrift: „Der freie Wertvertrag und seine Geg-

ner“ geschildert werden. Die in dem Betriebe von Freese beschäftigten Arbeiter waren bis vor wenigen Jahren zum überwiegenden Teil Mitglieder der sogenannten „freien“ Gewerkschaften. Insbesondere waren der Holzarbeiterverband und der Transportarbeiterverband stark vertreten. Mit beiden Organisationen waren Tarifverträge abgeschlossen, über die es zu kleinen Differenzen kam. Il. a. wurde im Jahre 1910 von Freese verlangt, einen Passus im Tarif anzuerkennen, daß bei Einstellung von Arbeitern der Arbeitsnachweis des deutschen Holzarbeiterverbandes benützt werden müsse. Freese erkannte darin mit Recht einen Verstoß, für die genannte Organisation ein Anstellungsmonopol zu schaffen, wozu er sich als freibeitlich denkender Mann nun und nimmer zu entschließen vermochte. Deshalb lebte er dieses Anfinnen rumbweg ab. Bestärkt wurde der Fabrikant in seinem Verhalten dadurch, daß ihm mehrfach zu Ohren gekommen war, unangenehme Arbeiter würden nahezu gezwungen, sich dem sozialdemokratischen Verbands anzuschließen. Wer das nicht wollte, dem wurde das Leben solange iauer gemacht, bis er seinen Beitritt erklärte hatte. Dafür wird ein drastischer Fall angeführt: Ein Kreis-schneidener war von Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes tödlich angegriffen und durch schwere Schimpfworte beleidigt worden, weil er einer andern Organisation angehörte, und deshalb von der Arbeit fortgelassen. Das Wertwürdige an dem Falle war, daß dieser Arbeiter nicht etwa einem Gewerksverein oder einer ähnlichen Organisation, sondern seit 10 Jahren dem sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbande angehörte. Man sieht daraus, wie groß der Mitaliederung des Holzarbeiterverbandes bei Freese war.

Die Arbeitervereine zwischen der Betriebsleitung und den „freien“ Gewerkschaften nahmen durch diese Vorkommnisse ihren Fortgang; sie wurden schließlich immer häufiger und schärfer, und im Jahre 1911 kam es zu einem Streik, der mit einer Niederlage der Verbändler endigte. Seit diesen Vorgängen werden Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften in dem Betriebe von Freese nicht mehr eingestellt. Jeder, der dort Beschäftigung haben will, wird um eine Angabe eriaucht, welchem Verbands er angehört. Wer unrichtige Angaben macht oder mit den Mitgliedern anderer Organisationen nicht im Frieden verkehrt, hat nach der Arbeitsordnung Kündigung oder Entlassung zu erwarten. Mitglieder aller nichtsozialdemokratischen Organisationen werden ohne Unterschied berücksichtigt. Freese führt aus, daß er zu dieser Maßnahme gezwungen sei, weil konstitutionelle Einrichtungen, wie er sie empfiehlt, niemals mit der Sozialdemokratie, sondern nur gegen sie durchgeführt werden können.

Ich gebe zu, daß ich früher anders darüber gedacht habe. Ich habe die Einsicht der Sozialdemokratie überschätzt. Ich habe angenommen, daß sie die Veruche, die sich über mehr als ein Vierteljahrhundert erstreckt haben, schließlich ernst nehmen und in ihrer Tragweite würdigen werde. Die Führer der Sozialdemokratie haben oft darauf hingewiesen, daß die heutige Gesellschaft langsam in neue Formen hineinzuwachsen werde. Durch meine Veruche habe ich beiden Parteien, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, solche Formen zeigen wollen. Die Sozialdemokratie hat diese Absicht nicht erkannt. Sie hat schon die erste Gelegenheit benützt, um zu beweisen, wie wenig ihr an solcher Entwicklung liegt. Sie hat veriaucht zu zeigen, wo sie aufbauen konnte. . . Deshalb werde ich meinen Weg weiter gehen. Möge die Sozialdemokratie meine Veruche eine Farce nennen. Es sind

glücklicherweise nicht alle Arbeiter Sozialdemokraten. Die christlich-nationalen Gewerkschaften und die Deutschen Gewerksvereine verlangen nicht, daß die Arbeitgeber keine Mitglieder anderer Organisationen beschäftigen dürfen.

Deshalb läßt sich auch Freese durch die schlechten Erfahrungen nicht von der Ueberzeugung abbringen, daß der konstitutionelle Betrieb durchführbar ist.

„Eins ist allerdings nötig: eine konstitutionelle Fabrik erfordert auch eine konstitutionelle Bestimmung. Arbeitgeber, die die ihnen zunächst ungewohnte Bahn des konstitutionellen Monarchen betreten wollen, dürfen nicht den Mut verlieren, wenn nicht gleich alle idealen Forderungen erfüllt werden. Wenn ihr Vorjaß fest ist, werden sie es auch in dieser Sache nicht an der Fähigkeit fehlen lassen, die sie in ihrem geschäftlichen Wirken zum Erfolg geführt hat. Sie müssen sich wieder wie früher mit den Arbeitern ihrer Betriebe oder mit den Vertrauensmännern der Arbeiter zu persönlicher Aussprache um den Tisch setzen, um zu versuchen, in unablässiger Kleinarbeit den verlorenen Einfluß wieder zu gewinnen. Sie werden die Anliegen der Arbeiter hören und werden bald darüber im klaren sein, in welchen Punkten sie ihnen entgegen kommen können. Sie werden wieder Fühlung mit der Arbeiterschaft gewinnen. Sie werden in den Sitzungen des Arbeiterausschusses oft Miltstände kennen lernen, die nicht nur die Angestellten, sondern sie selbst schädigen. Das Gefühl der Arbeitgemeinschaft, das im Laufe der Zeit ja verloren gegangen ist, wird langsam wieder aufkommen. Das natürliche Band gemeinsamer Interessen, das die Mitglieder eines Betriebes umschlingen sollte, von dessen Weichen das Wohl aller mehr oder minder abhängt, wird wieder hergestellt werden.“

Der konstitutionelle Arbeitgeber hat wichtige Teile seiner Rechte an die Bürger seines Industrie-staates abzutreten. Er wird aber etwas gewinnen, was mehr wert ist, als das was er einbüßt: das Vertrauen seiner Mitarbeiter. Wenn er es bewahrt, wird es ihm auch nicht entzogen werden, wenn er sich gegen feindliche Agitatoren zur Wehr setzen muß. Ich hätte ohne den großen Rückhalt in der Arbeiterschaft, den ich in jahrelangem Zusammenarbeiten gewonnen hatte, den Kampf mit der Sozialdemokratie nicht aufnehmen können. Als die Streitigkeiten begannen, gehörten in meiner Fabrik fast alle Arbeiter den sozialdemokratischen Verbänden an. Es war kein Gewerksvereinsler, kein Mitglied der nationalen Verbände vorhanden. Ich habe den Kampf dennoch durchgeführt und ich habe dabei gesehen, wie schlecht die sozialdemokratischen Gewerkschaften geleitet sind und wie wenig sie gegen einen Arbeitgeber ausrichten können, der seine Rechte mit Nachdruck verteidigt und der dabei einen Teil der Arbeiterschaft auf seiner Seite hat. Kein Arbeitgeber, der so in den Kampf geht, hat die Sozialdemokratie zu fürchten. Die Sozialdemokratie ist ein Koloh mit tönernen Füßen. Ein kräftiger Schlag darauf und der Riese bricht hilflos zusammen.

Man sucht die Wurzeln der Kraft der Sozialdemokratie vergeblich in den Wahlvereinen, in ihrer Presse oder in ihren Massenversammlungen mit den großen Worten und den lobenden Resolutionsen. Ihre Wurzeln liegen in der Werkstätt. Da gewinnt sie ihre Mitläufer und ihren Rückhalt. Da wird jeder Redensache überredet, und wenn das nicht hilft, eingeschüchert. In der Werkstätt werden die jugendlichen Arbeiter, die jungen Leute, die ihre Militärdienst beendet haben, zuerst für die „unpolitischen“ freien Gewerkschaften gewonnen und dann zu überzeugten Genossen gemacht. Da werden die neu-eingestellten Arbeiter zum Eintritt in die Verbände und Wahlvereine genötigt. Für regelmäßigen Besuch der Versammlungen sorgen die Kontrollkarten. Eine der innreichsten Einrichtungen, durch die die Sozialdemokratie ihre Genossen auf die Freiheit im Zukunftsstaate vorbereitet.

Deshalb muß der Kampf nach Freese in der Werkstätt aufgenommen werden. In diesem Zweck wünscht er Unterstützung der anderen Organisationen, wozu er bedauerlicherweise auch die

fogenannten Wertvereine rechnet. Das ist eine Enttäuschung, die bei einem sonst so sozial denkenden Manne wie Freese tief bedauert werden muß und leider geeignet ist, den sonstigen Wert seiner Schrift zu beeinträchtigen. Man sieht aber auch in diesem Fall wieder, daß der übertriebene Radikalismus der „Genossen“ den Selben den Boden bereitet. Freese ist durch die Haltung der Verbände derartig verbittert, daß er selbst für die Selben Worte der Anerkennung findet.

In der Besprechung, die verschiedene sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsblätter dem neuesten Freese'schen Buch widmen, wird zweifelnd darüber geäußert, daß der Verfall der Arbeiter die Koalitionsfreiheit beschneide, weil er keine sozialdemokratisch organisierte Arbeiter beschäftigt. Das ist richtig. Aber wer trägt denn die Schuld daran? Die „Genossen“ selber, die nichts anderes getan haben, als was sie jetzt Freese vorwerfen. Nur von ihrem Nachweis bezogene Arbeiter sollten bei ihm beschäftigt werden. Freese hat der Unternehmer den Spieß umgekehrt und sagt: Ich beschäftige nur Leute, die nicht nach eurer Weise tanzen. Man mag das Verhalten von Freese billigen oder nicht, jedenfalls haben die „Genossen“ absolut nicht das geringste Recht, ihm Vorhaltungen zu machen. Daß ihre Kritik an dem Freese'schen System unter den gegebenen Verhältnissen nicht gültig ist, liegt klar auf der Hand. Jemand welchen Wert kann man dieser Würdigung natürlich nicht beimessen. Das steht jedenfalls fest: Die Arbeitsverhältnisse bei Freese sind ganz erheblich viel besser als anderswo. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter an Arbeitsverträge ist ebenfalls größer. Wenn überall solche Zustände in den Betrieben herrschten, wie bei Freese, dann würden wir schon einen ganz erheblichen Schritt vorwärts gekommen sein. Wenn manche Unternehmer durch die letztjährigen Erfahrungen Freese's davon abgeschreckt worden sind, ähnliche Versuche zu machen, so ist dies bedauerlich. Die Schuld daran tragen die „Genossen“, denen das Partei- und Gewerkschaftsinteresse höher steht als die wirkliche Wohlfahrt der Arbeiter. Jedenfalls darf gesagt werden, daß ihr Verhalten bei Freese nicht geeignet war, die Arbeiterinteressen zu fördern. Trotz allem, so hoffen wir, werden die im Grunde verständlichen Anschauungen Freese's sich auch in weiteren Unternehmungen Geltung verschaffen.

Zur sozialen Lage der Kellner.

Will man die wirtschaftlichen Verhältnisse der meisten Angestellten im Gastwirtsgerberde kennzeichnen, so kann man das am besten mit dem einen Wort: „Trinkgeld“ tun. Von allen sozialen Uebeln hat das Trinkgeld das ärgste Leben. So energisch auch von Zeit zu Zeit der Kampf dagegen eröffnet worden ist, erobert es sich trotzdem immer weitere Verfestigungen. Im Kellnergewerbe bildet es geradezu die wirtschaftliche Grundlage. Es ist keine Ueberbetreibung, wenn man sagt, daß weit über 100 000 Gastwirtsangestellte vom Trinkgeld abhängig sind.

Wer die Ueberzeugung hat, daß jeder Arbeiter seines Lohnes wert ist, und daß dieser Lohn vom Arbeitgeber gezahlt werden muß, der ihn wieder auf die Ware schlägt, der wird mit uns den gegenwärtigen Zustand für unwürdig halten, unwürdig ebenso für die Arbeitgeber im Gastwirtsgerberde wie für die Arbeitnehmer. Es ist ein die einfachsten sittlichen Gebote schwerverletzender Zustand, der auch in sozialer Beziehung höchst bedenkliche Folgen hat.

Es muß zugegeben werden, daß in letzter Zeit die Organisationen der Kellner mit verstärkter Energie bemüht gewesen sind, diesen Zustand zu ändern. Auf dem letzten nationalen Arbeitertage, der im vorigen Herbst in Chemnitz stattfand, wurden ebenfalls die Mißstände im Gastwirtsgerberde eingehend erörtert. Das Publikum hat dafür in der Regel sehr wenig Verständnis. Es sieht immer nur das tadellose Oberhemd und den stets zuvorkommenden und höflichen „Ober“. Es denkt nicht daran, einmal zu fragen, was der Mann eigentlich verdient, wie lange er arbeitet und unter welchen Verhältnissen er sonst seinen Beruf ausübt. Letztendlich sind die Arbeitsbedingungen der Gastwirtsangestellten fast durchweg derartig, daß mit allen zulässigen Mitteln auf eine Aenderung hingearbeitet werden muß. Arbeitszeiten von 16 Stunden sind namentlich in kleinen Betrieben fast alltäglich; Ruhepausen gibt es dabei kaum. Selbst seine Wohlgeiten muß der Kellner haften, oft zu heiß, noch häufiger bößig kalt während des Bedienstens der Gäste zu sich nehmen. Die Folge ist, daß Magen- und Darmkrankheiten unter den Kellnern viel häufiger vorkommen als in andern Ständen. Die eigentliche Berufskrankheit

der Kellner ist jedoch die Lungenentzündung als Folge des täglichen langen Aufenthalts in Räumen, die mit Tabakqualm, Speien- und Bierdunst angefüllt sind. Mit 40 Jahren sind die meisten Kellner verbrauchte. Sie finden in späteren Jahren schwer eine ständige Stellung und sind gezwungen, als Aushilfskellner ein noch weniger sicheres Dasein zu führen als früher.

Und nun bedenke man: Für diese lange und gesundheitschädigende Beschäftigung erhalten die Kellner häufig gar keinen, gewöhnlich aber einen überaus geringen Lohn. 20-30 Mk. monatlich sind schon viel, recht häufig ist es weniger, und die Fälle, wo gar kein Lohn gezahlt wird, gehören keineswegs zu den Seltenheiten. Was aber will selbst ein Betrag von 30 Mk. bringen bei den Nebenkosten, die dem Kellner erwachsen für Wäsche, Bruch und soziale Verdrüßung. Es ist nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß viele Gastwirtsangestellte dem Wirt noch Geld dafür herauszahlen müssen, daß sie überhaupt bei ihm arbeiten dürfen. So wurde auf der erwähnten Chemnitzer Tagung erzählt, daß in einem Berliner Hotel der Portier dem Eigentümer 30 Mk. dafür täglich bezahlte, daß er überhaupt Portier sein durfte. Erst als an ihn das Ansehen gestellt wurde, täglich 40 Mk. zu zahlen, gab er seinen Posten auf.

Wo die Kellner im Hause des Wirtes zu wohnen gezwungen sind, also namentlich in mittleren und kleineren Städten, aber auch in den Großstädten kommt es vor, wird über schlechte Schlammräume geklagt. Hinter dem äußeren Brunst der Bierpaläste verbirgt sich oft ein Wohnungssektor für die Angestellten, von dem sich der Ueingeübte keinen Begriff machen kann.

Gegen solche der modernen Hygiene hohnsprechenden Zustände wird immer und immer wieder das Einschreiten der Behörden gefordert. Auch gegen den Kern des Übels, das Trinkgeld-uwesen, hat man gezielte Hilfe gefordert. Erfolg vermögen wir uns davon nicht zu versprechen. Denn das Trinkgeldgeben kann man ebensowenig verbieten, wie das Almosenpenden. Wohl aber kann man die Wirte gezielte verpflichten, ihren Angestellten einen den Leistungen entsprechenden Lohn zu zahlen. Damit würde man schon ein gutes Stück weiter kommen. Bisher sträubt man sich noch gegen die gezielte Regelung gewisser Löhne, wie sich dies auch im Reichstage bei der Beratung des Seimarbeitergesetzes gezeigt hat. Auf die Dauer aber wird sich die Notwendigkeit gezielte Eingriffe in das Lohnsystem in einzelnen Berufen nicht mehr von der Hand weisen lassen. Trotzdem sind wir der Meinung, daß auf dem Wege der Selbsthilfe auch im Gastwirtsgerberde bei ernstlichem Willen auf beiden Seiten sich noch mehr erreichen läßt. Die Unternehmer sind schließlich so gut organisiert, daß es ihnen nicht schwer fallen würde, in Gemeinschaft mit den Angestellten das Trinkgeld abuschaffen und die ehrliche Entlohnung der Angestellten auf die Ware, auf den Preis der Wohnung, Speien und Getränke zu schlagen. Die gegen diese Regelung vorgebrachten Bedenken sind nicht stichhaltig. Unternehmungen, die den Lohn für ihre Angestellten nicht tragen können und zugrundegehen, wenn sie ihn zahlen sollen, sind überhaupt nicht lebensfähig, nicht existenzberechtigt. Auf der andern Seite aber können die Gastwirtsangestellten selbst das meiste für die Befreiung der unwürdigen Zustände tun. Vielfach wollen sie vom Trinkgeld nicht lassen, weil sie glauben, daß sie sich dabei besser stehen als bei geregelter Entlohnung. Das ist uneres Erachtens ein Irrtum. Schon durch die größere Sicherheit des Einkommens würde man einen feiteren sozialen Stand gewinnen. Daran aber muß auch den Kellnern gelegen sein.

Wir sind daher überzeugt, daß die soliden Elemente unter ihnen unsere Anschauung teilen. Aufgabe der Organisationen muß es sein, Aufklärung nach dieser Richtung hin zu verbreiten. Aber hier liegt gerade eine der größten Schwierigkeiten. Der Organisationsgedanke ist auch im Kellnergewerbe noch lange nicht weit genug verbreitet. Die Bestrebungen der denkenden Elemente, die Gastwirtsangestellten zu organisieren, sie so verständnisvoller für die Mißstände in ihrem Berufe zu machen und sie gleichzeitig anzugreifen für Verbesserung der sozialen Verhältnisse zu sorgen, stoßen leider noch auf starke Widerstände. Deshalb muß der Kampf gegen die Gleichgültigkeit unablässig und mit größter Energie geführt werden. Der unserem Gesamtverbande angegeschlossene Zentralverein der Kellner hat den Kampf aufgenommen, und mit Benutzung kann konstatiert werden, daß er auch Erfolge aufzuweisen hat. Diese werden aber noch größer sein, wenn die Ange-

hörigen der andern Berufe unsere Kellnerorganisation in ihrem schweren Kampfe unterstützen und alles aufbieten, daß indifferente Kellner für unien Zentralverein gewonnen werden. Die Zeit dafür ist günstig, da der Sommer mit seinen Ausflügen und Landpartien Gelegenheit für die Agitation bietet. Möge dieselbe nicht unbenutzt bleiben!

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 25. April 1913.

Die Anstellungen, und Arbeitsverhältnisse in Reichs- und Staatsbetrieben hat eine Resolution zum Gegenstand, die von der Fortschrittlichen Volkspartei im Reichstage zur zweiten Beratung des Militäretats eingebracht worden ist:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Reichskanzler zu eruchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse der Reichs- und Staatsbetriebe, deren Aufrechterhaltung durch das Gemeinwohl geboten ist, beschäftigten Angestellten und Arbeiter nach folgenden Gesichtspunkten geregelt werden:

1. Die Mitgliedschaft und Betätigung in Berufszusammenhängen, die von Angestellten und Arbeitern derartiger Reichs- und Staatsbetriebe keine gemeinsame Kündigung und Arbeitsvermittlung verlangen, ist gestattet.

2. Neben Arbeiterausstellungen sind Angestelltenausstellungen in allen derartigen Betrieben einzuführen. Die Ausschüsse sind nach dem Verhältniswahlsystem alle zwei Jahre von sämtlichen Arbeitern und Angestellten zu wählen. Ihre Befugnisse sind dahin zu erweitern, daß sie bei jeder Neuregelung der Gehalts-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Mitglieder dieser Ausschüsse und alle anderen in öffentlichen Ehrenämtern tätigen Arbeitnehmer sind in ihrem Arbeitsverhältnis ähnlich wie die Sicherheitsmänner in der preussischen Berggesetzgebung zu sichern.

3. Gehälter, Löhne und Arbeitsbedingungen dürfen nicht hinter den durch Tarifvertrag festgesetzten oder den in der vergleichbaren Privatindustrie desselben Ortes üblichen zurückbleiben. Gesetzliche und von der Verwaltung angeordnete Wochenfeiertage sind wie Werktag zu bezahlen.

4. Angestellte und Arbeiter, die mindestens fünf Jahre ununterbrochen beschäftigt waren und in ihrem Arbeitsverhältnis sich nichts Erfolgreiches haben ausdenken können lassen, dürfen nur von den Direktoren der Betriebe aus wichtigen Gründen gekündigt und entlassen werden. Nach der Entlassung bleiben solche Angestellte und Arbeiter im Besitze der Ruhe- und Versorgungsgelder, auf die sie sich durch die Dauer ihrer Beschäftigung nach ihrem Anstellungsvertrage einen Anspruch erworben haben.

5. Angestellte und Arbeiter, die länger als drei Jahre ununterbrochen beschäftigt sind, erhalten von da ab jährlich einen Erholungsurlaub von mindestens einer Arbeitswoche bei Fortgewährung der Bezüge. Die näheren Bestimmungen über die Dauer des Urlaubs trifft nach Beratungen in den Ausschüssen die Verwaltung.

6. Die Pensions- und Ruhegehaltsbestimmungen sind so zu fassen, daß die Angestellten und Arbeiter im Alter, und ihre Witwen und Waisen davor bewahrt bleiben Armenstütze in Anspruch nehmen zu müssen.“

Mag sein, daß der Inhalt dieser Resolution vielleicht den Sozialdemokraten nicht weit genug geht. Die Staatsarbeiter aber könnten froh sein, wenn die in der Resolution aufgestellten Grundzüge verwirklicht würden. Deswegen wäre dringend zu wünschen, daß auch die Sozialdemokraten dieser Resolution zustimmen, für die sich mit dem Zentrum eine gewaltige Wehrheit finden würde. Leider aber ist damit allerdings noch nicht gesagt, daß auch die Reichsregierung sich auf den Boden der Entschließung stellen wird.

Die Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform, die Ende Mai in Düsseldorf stattfinden sollte, ist vom Vorstand bis zum Herbst d. J. vertagt worden. Mahnend für den Beschluß war die Erwägung, daß voraussichtlich Ende Mai hochwichtige Entscheidungen im Reichstage fallen, welche die Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit ganz für sich in Anspruch nehmen, und außerdem die den Parlamenten angehörenden Freunde der Gesellschaft für Soziale Reform von der Hauptversammlung fernhalten werden. Als Versammlungsort wird Düsseldorf beibehalten. Ebenso bleiben die in Aussicht genommenen Beratungengegenstände auf der Tagesordnung, nämlich Tarifrechtsfrage (Gastung und Abdingbarkeit) und Ausbau des Einigungsweiens (Reichseinigungsamt).

Der Maifeiertummel beginnt schon wieder in der sozialdemokratischen Presse. In einem Aufrufe, den der Parteivorstand im „Vorwärts“ veröffentlicht, wird das Proletariat aufgefordert, die Maifeier noch imponenter als früher zu gestalten. Tatsächlich hat der „Weltfeiertag“ in den letzten Jahren mit einem kläglichen Danksagenendet. Fast überall ist die Beteiligung zurückgegangen. Die vernünftigen Elemente in der sozialdemokratischen Partei geben das auch zu und bemühen sich schon seit Jahren, dem Humbug ein Ende zu machen. Die Erkenntnis gewinnt eben auch auf jener Seite die Oberhand, daß man durch leere Demonstrationen praktische Erfolge nicht erzielen kann. Einmalweilen freilich sind diejenigen, die für Aufhebung der Maifeier eintreten, noch Rediger in der Bühne. Man ichert sich mit einer Einrichtung zu brechen, für die man sich Jahrzehnte lang mit größtem Eifer ins Zeug gelegt hat.

Die Deutschen Gewerkschaften haben der Maifeier grundsätzlich ablehnend gegenüber, schon deshalb, weil es sich im Grunde um eine rein politische Demonstration handelt. Deshalb sind sie doch stets für die Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Freilich halten wir es für zweckmäßiger, diesen Kampf unablässig und mit Energie zu führen, als ausgerechnet an einem Tage im Jahre dafür Aufzüge zu veranstalten und Hochs auf eine Partei auszubringen. An diesem Standpunkt werden wir auch für die Zukunft festhalten, und wir glauben damit der Arbeiterchaft einen größeren Dienst erweisen zu können.

Im übrigen ist zu erwarten, daß der Aufruf des Parteivorstandes in diesem Jahre nicht ungehört verhallt. Das liegt aber nicht daran, daß die Begeisterung für die Feier des 1. Mai erwachsen ist, sondern daß dieser Tag zufällig mit dem Simmelfahrtstiefe zusammenfällt. Da feiern auch andere Leute, die mit der Sozialdemokratie und ihren Zielen nichts gemein haben. Nach außen hin also wird es so aussehen, als wenn die Beteiligung ungeheuer gewachsen ist, und die sozialdemokratische Presse wird es sicherlich nicht daran fehlen lassen, von einer Vertiefung und weiteren Verbreitung des Maifeiergedankens zu schreiben. Lassen wir ihr das Vergnügen!

Arbeiterbewegung. Unter dem Vorsitz der Unparteiischen Dr. Brenner-München, Rath-Essen und v. Schulz-Berlin haben die Beratungen zur Feststellung eines Tarifvertrages im Baugewerbe wieder begonnen. Die Unparteiischen haben den Parteien Vorschläge unterbreitet, über welche dieselben geondert Stellung nehmen werden. — In Crefeld dauert der Streik der Seidenfärber fort, während die Ausperrung aufgehoben ist. Angeblieh haben die Arbeitgeber einige hundert Arbeitswillige anwerben können, meistens sogenannte Sinke-Männer. Weder die Arbeiter noch die Unternehmer sind zurzeit geneigt, nachzugeben. — Im Malergewerbe nimmt der Kampf seinen unveränderten Fortgang. Tatsache ist, daß in einer ganzen Reihe von Orten die Ausperrung als erloschen gelten kann, weil die Schiffsen zu neuen Bedingungen arbeiten. Andererseits aber liegen namentlich in größeren Städten noch Laufende von Geisellen auf dem Kflaster, so daß, wenn mit einem erfolgreichen Ende des Kampfes gerechnet werden soll, die Sammlungen für die Ausgeperrten fortgesetzt werden müssen. — Der Streik der oberösterreichischen Bergarbeiter weist von Tag zu Tag eine Zunahme auf. Trotzdem dürften die letzten veröffentlichten Ziffern zu hoch gegriffen sein. Wahrscheinlich hat die Gesamtzahl der Streikenden 40 000 nur wenig überdritten. — Für das Binnen-schiffahrtsgewerbe sind am Donnerstag in Berlin neue Verhandlungen zwecks Beilegung des Streiks aufgenommen worden. — Etwa 300 Bauklemmer sind in Breslau in den Ausstand getreten, weil dieselben sich weigern, einen einseitig von der Innung ausgearbeiteten Lohnzettel anzunehmen und deswegen mit einer Ausperrung gedroht wurde. — Im Zwischauer Steinkohlenrevier ist eine Lohnbewegung im Gange. Um den Ausbruch von Konflikten zu vermeiden, haben einzelne Werke freiwillig Lohn erhöhungen zugestanden und die Einführung des Achtstundentages in Aussicht gestellt. — In Uffenheim (Wagnern), wo sämtliche Bauarbeiter in unserm Gewerkschaften der Bauhandwerker organisiert sind, ist nach eintägigem Streik ein Tarifvertrag von dreijähriger Dauer abgeschlossen worden, der neben sonstigen Verbesserungen den Arbeitern eine Lohnhöhung um 5 Pfg. pro Stunde, für Maurer und für Hilfsarbeiter zum Teil eine solche bis zu 8 Pfg. gewährt. Ebenso sieht der Vertrag Zuschläge für Ueberstunden und Ueberlandarbeiten

vor, die man bisher nicht kannte. Für das Zimmerergewerbe, wo ebenfalls die Arbeiter in unserm Gewerkschaften organisiert sind und die gleichen Forderungen gestellt waren, kam eine vollständige Einigung noch nicht zustande, jedoch ein Teil der Arbeiter noch im Streik steht. Es ist auffallend, daß die Polizeibehörden zugunsten der Unternehmer in die Bewegung mehrfach eingegriffen haben.

Die Rinderachtung der Gelben. Gegen die gelben Arbeitervereine von Unternehmer Gnaden, so schreibt die „Hilfe“, richtet sich von jeher und mit wachsender Einmütigkeit das Solidaritätsbewußtsein aller anderen Arbeiter. Das kam kürzlich wieder einmal besonders drastisch in Frankfurt am Main zur Darstellung. Dem Frankfurter „Auschuß für Volksvorlesungen“, einer neutralen Organisation, gehören eine Reihe Gelehrter und fast alle Gewerkschaften Frankfurts an, neben den roten Gewerkschaften auch die christlichen und Griech-Dunderischen und andere Arbeitervereine. Den dem Auschuß angehörenden Vereinen werden Referenten vermittelt und für ihre Mitglieder Eintrittskarten zu weitentlich ermäßigten Preisen für besondere Vorstellungen im Opern- und Schauspielhaus, Konzerte im Saalbau usw. zur Verfügung gestellt. An diesen Vergünstigungen wollten jetzt nun auch die gelben Organisationen teilnehmen. Sie melbten sich zur Mitgliedschaft bei dem Auschuß an und beanpruchten besonders, daß ihnen für die Vorstellungen im Schauspiel- und Opernhaus Karten überwiehen würden. Als die Verwaltung des Auschusses hierauf nicht gleich einging, beantragten einige Stadtverordnete in der Stadtverordnetenversammlung, daß der Magistrat beim Auschuß für Volksvorlesungen für die Zulassung der Gelben eintreten solle. Die Legitimation zu diesem Vorgehen der Stadtverwaltung sollte die dem Auschuß in Höhe von 20 000 Mk. gewährte Subvention der Stadt sein. Die Stadtverordnetenversammlung ging einer Entscheidung aus dem Wege; sie wollte erst die Entscheidung des Auschusses abwarten. Dieser hat sich nun in seiner letzten Plenarversammlung eingehend mit der Zulassung der Gelben beschäftigt. Mit wenigen Ausnahmen wachen sich alle Vertreter gegen die Aufnahme der Gelben aus. Nicht nur die Vertreter der freien Gewerkschaften, die die weiteststärksten Organisationen sind, wollten mit den Liebingskindern der Unternehmer nicht in einer Bildungsanstalt dienen, sondern die christlichen und Griech-Dunderischen Gewerkschaften erklärten, daß sie dem Auschuß für Volksvorlesungen den Rücken kehren würden, wenn er die Gelben aufnehme. Selbst ein Mitglied der Gelehrtenkommission des Auschusses wollte von der Zulassung der gelben Gewerkschaften nichts wissen, weil sie keine Arbeitervereine und nicht freiwillig gebildet worden seien, sondern von den Unternehmern abhängig sind und von diesen materiell unterstützt werden. Den Schluß der Aussprache bildete die Ablehnung des Gesuchs, da diese Vereine nicht freiwillige Vereinigungen ihrer Arbeitmitglieber, sondern von den Unternehmern ins Leben gerufene Organisationen sind. Die Resolution, welche die Ablehnung begründete, war von allen Richtungen und Vereinen unterschrieben, unter anderen von den Reichs- und Staatsarbeitern, den evangelischen Arbeitervereinen, dem Technikerverbande, den Griech-Dunderischen Gewerkschaften, den kaufmännischen Angeestellten, dem katholischen Kartell, den sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Herr im eigenen Hause. Wenn die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht am Arbeitsvertrage wünschen, dann sind die Scharfmacher gleich mit dem Einmache bei der Hand, sie müßten Herr im Hause bleiben, sie dürften sich die Leitung des Betriebes nicht aus den Fingern nehmen lassen. Dabei ist durch die Arbeiterversicherung und die soziale Gesetzgebung den Unternehmern schon in vieler Beziehung die absolute Herrschaft im eigenen Betriebe eingeengt. Aber auch die Organisationen der Unternehmer achten das Recht des Herrn im eigenen Hause durchaus nicht. So wurde kürzlich einem Innungsmeister in Nürnberg von seinen Arbeitern ein Tarifvertrag zur Annahme unterbreitet. Der betreffende Meister war nicht abgeneigt, mit seinen Geisellen zu verhandeln, aber die für ihn zuständige Fleischernnung verbot jede Verhandlung mit der Gehilfenorganisation und drohte mit dem Ausschluß aus der Innung und der damit verbundenen Entziehung mancherlei gewerkschaftlicher Vorteile. Nun verjuchte der Meister durch Aufstellung einer neuen Arbeitsordnung für seinen

Betrieb den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Aber kaum hatte der Innungsmeister davon Kenntnis erhalten, als er sofort wieder mit dem Ausschluß drohte, wenn die Arbeitsordnung nicht sofort rückgängig gemacht würde. Außerdem wurde eine diesbezügliche Weisung bei der Handwerkskammer gegen den widerpenitigen Meister eingelegt. Wie würden die Herren Innungsmeister wohl den Mund aufgerissen haben, wenn Arbeiter dem Unternehmer gegenüber eine solche Taktik beobachtet hätten!

Die Entwicklung des deutschen Schiffbaus 1912. Der Beschäftigungsgrad der deutschen Privatwerften war in den Jahren 1908 und 1909 nicht unerheblich gesunken; die ungünstige Lage auf dem Frachtenmarke hatte den Reedern, mehrfache Streiks hatten den Werftbesitzern die Flügel beschneit. Erst im Jahre 1910 zeigte sich dann wieder insofern eine Aufwärtsbewegung, als die Zahl der für deutsche Rechnung im Bau befindlichen Schiffe von 1071 auf 1106 und der Raumgehalt von 561 018 auf 730 333 Registertons stieg. Allerdings waren an dieser Steigerung zu einem erheblichen Teile Kriegsschiffe beteiligt, deren Raumgehalt von 104 510 auf 174 360 Registertons wuchs. Im Jahre 1911 besserte sich dann die Lage des Schiffbaues weiter, und im letzten Jahre hat sich nun, wie die neueste statistische Nachweisung ergibt, diese Entwicklung erfreulicherweise in verstärktem Maße fortgesetzt. Die Zahl der im Bau befindlichen Schiffe ist von 1072 auf 1164, und ihr Raumgehalt von 1 055 199 auf 1 401 488 Registertons gestiegen, und die Kriegsschiffe waren hieran nur geringfügig beteiligt (165 420 gegen 181 204 Registertons). Der Raumgehalt der im Bau befindlichen Kauffahrteischiffe ist in dem troalichen Zeitraum von 855 679 auf 1 224 979 Registertons gestiegen. Unter diesen befanden sich immer noch 730 Segelschiffe mit einem Raumgehalt von 211 282 Registertons, während es 1911 nur 548 mit 105 152 Registertons waren.

Auch die Beschäftigung der deutschen Privatwerften mit Arbeiten für fremde Rechnung ist im Jahre 1912 wieder härter geworden, indem Schiffe mit 61 489 (1911: 39 269) Registertons gebaut wurden, während 1910 die Zahl sogar auf 21 537 Registertons zurückgegangen war.

Unter den deutschen Werften hatten jahrelang diejenigen des Ostseegebietes an der Spitze gestanden, und noch 1910 wurden in ihm Schiffe mit 109 079 Registertons Raumgehalt fertiggestellt, während auf die Werften des Nordseegebietes nur 92 065 Registertons kamen. Im Jahre 1911 hat sich dann das Bild mit einer scharfen Wendung zugunsten der Nordseewerften verändertes: es wurden auf den letzteren 248 Schiffe mit 210 438 Registertons Raumgehalt gegen 173 mit 142 540 Registertons auf den Ostseewerften fertig. Nunmehr haben sich die letzteren wieder schneller entwickelt, jedoch 1912 214 070 Registertons auf den Nordseewerften 185 967 Registertons auf den Ostseewerften gegenüberbrachten.

Mit der Steigerung der Inanspruchnahme der deutschen Werften ist auch die Beschäftigung der ausländischen Werften für deutsche Rechnung wieder etwas stärker geworden. Es waren insgesamt 216 deutsche Schiffe mit 87 637 Registertons Raumgehalt gegen 85 878 Registertons im Vorjahre dort im Bau. Deutsche Kriegsschiffe sind seit 1898 auf ausländischen Werften überhaupt nicht mehr gebaut worden.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. Ein Steinseher, der soeben seine Tagesarbeit vollendet hatte, mußte, um sich seinen Lohn zu holen und sich zu erkundigen, wo er die nächste Arbeit anfangen sollte, sich zur Wohnung des Meisters begeben. Er benutzte dazu ein Rad und hatte das Unglück, auf der Landstraße zu stürzen. Dabei soa er sich schwere Verletzungen des Schultergelenks und des Armes sowie eine Zerrüttung des Armerbenengelenks zu, die eine erhebliche Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit zur Folge hatten. Er beanpruchte deshalb von der Berufsgenossenschaft eine Unfallrente. Der Vertrauensarzt schätzte die Erwerbsbeschränkung auf 70 Prozent. Trotzdem lehnte die Berufsgenossenschaft den Rentenanspruch ab, weil nach ihrer Meinung ein Betriebsunfall überhaupt nicht vorliege; denn der Kläger habe sich bereits auf dem Heimwege und außerhalb des Arbeitsbereichs befunden. Das Oberverwaltungsamt zu Potsdam aber hob diesen Bescheid auf, erkannte den Betriebsunfall an und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente von 70 Pfg., weil die Unglücksfahrt zum Meister den Zweck hatte, den Lohn abzuholen und neue Anweisungen für die Arbeit zu erhalten. Beide Tätigkeiten gehören

zur Erfüllung des Arbeitsvertrages, ganz abge-
leben davon, daß der Arbeiter ja auch den Lohn für
den ganzen Tag, also auch für die Stunden nach
dem Unfall habe zahlen müssen.

Der politische Klassenstreik in Belgien geht
seinem Ende entgegen. Die Kammer hat am
22. April dem Trängen auf eine Wahlrechtsreform
insofern etwas nachgegeben, als sie beschloß, eine
Kommission einzusetzen, die das Provinz- und kom-
munale Wahlrecht studieren soll und, wenn sie eine
bessere Formel als die gegenwärtige findet, dann
könnten für die Parlamentswahlen im Jahre 1914
die neuwählenden Abgeordneten ihre Wähler
um ihre Meinung befragen. Sollten sich diese im
Sinne einer Revision ausgesprochen, dann würde sich
wohl niemand einer Verfassungsrevision wider-
setzen. Dieser Beschluß ist sehr gewunden. Er be-
deutet ja ein gewisses Entgegenkommen; gehoben
aber wird einer Wahlrechtsreform damit herzlich
wenig. Zum Schluß wurde übrigens der General-
streik gemäßigert.

Das Streikkomitee ist nach Annahme dieser
Lagesordnung sofort zusammengetreten. Es hat
keine Genugtuung über den Verlauf der Bewegung
ausgesprochen und ist sich schlußlich geworden, dem
Parteiitag die Beendigung des Streiks zu em-
pfehlen. Ueber die endgültige Entscheidung liegen
zurzeit noch keine Mitteilungen vor.

Die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohl-
fahrt in Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11/12,
veranstaltet in ihren Räumen eine Sonderausstel-
lung von Einrichtungen, die dazu dienen, die beim
Brennen des Messings usw. in Metallbrennen und
Metallbeizeien entstehenden nitrosen Gase zu be-
seitigen. Die Ausstellung ist am 1. April eröffnet
worden und wird voraussichtlich am 1. Juli ge-
schlossen. Um ein möglichst anschauliches und der
Wirksamkeit entsprechendes Bild zu geben, werden
Metallbrennen verschiedener Art betriebsmäßig
vorgeführt. Auf diese Weise ist es den Besuchern
möglich, die Wirkungsweise der zur Beseitigung
der Gase dienenden Vorrichtungen genau zu beob-
achten.

Außer den Einrichtungen, durch welche die
nitrosen Gase beseitigt werden, sind auch diejenigen
ausgestellt, welche dazu dienen, der Entstehung
solcher Gase vorzubeugen. Hierzu gehören z. B.
die Abfüllvorrichtungen und die Transportgefäße
für Salpetersäure, ferner säurefeste Fußböden,
Handbedeckungen und dergl. Inwieweit sind auch
die Schutz- und Heilmittel gegen die schädliche
Wirkung der nitrosen Gase in übersichtlicher Weise
ausgestellt.

Wir können den Besuch der Ausstellung, die
wochentäglich, mit Ausnahme des Montags, von
10—1 Uhr, Dienstags und Donnerstags auch von
6—9 Uhr abends, Sonntags jedoch nur auf beson-

deren Wunsch, von 1—5 Uhr, besichtigt werden
kann, nur dringend empfehlen. Auch solche stö-
kende, die beidseitig nach Berlin kommen, sollten
nicht veräumen, sich die Ständige Ausstellung für
Arbeiterwohlfahrt anzusehen.

Gewervereins-Teil.

§ Berlin. (Diskutierklub) Unsere Winterarbeit,
die in der Besprechung wichtiger sozialer Probleme be-
stand, erleidet jetzt eine kleine Unterbrechung durch das
Pfingstfest und den bevorstehenden Verbandstag.
Jahrelange Erfahrungen zeigen, daß es zu zweck-
mäßig ist, eine kleine Pause einzutreten zu lassen. Am
21. Mai werden unsere Übungen wieder aufgenom-
men werden mit einer Besprechung der Beschlässe
des Verbandstages.

Leider muß auch die für den 27. April in Aus-
sicht genommene Besichtigung des städti-
schen Krematoriums verschoben werden, weil
wie die Verwaltung uns neuerdings mitgeteilt hat,
bauliche Veränderungen sich als dringend notwendig
herausgestellt haben, so daß Besichtigungen vor dem
Verbst nicht stattfinden können. Wir bitten die Kol-
legen und Kolleginnen hierdov Kenntnis zu nehmen.
E. Forupa, Schriftführer.

Verbands-Teil.

2. Mitteilung
Über eingefandte Sammelgeber für die ausgeperrten
Maler und Textilarbeiter.

- Baubandwerker: R. Gladbach Nr. 10, 20. Bih-
hauer: Breslau 5. — Fabrik- und Handarbeiter: Al-
damm 4. — Berlin III 5. — Gassen 2, 60. Dirch-
berg i. Schl. 4, 70. Profen 21. — Rudolstadt 5, 20.
Theigen 15. — Wanne 10. — Holzarbeiter: Ammen-
dorf 5, 75. Elbing 8. — Halle a. S. 8, 30. — Nürnberg
107, 20. — Pannau 7, 05. — Rathenow 5. — Randsleben:
Berlin 8, 50. — Maler, Ladierer usw.: 23, 60. — Maschinen-
bau- und Metallarbeiter: Eich 8, 50. Halle a. S. I 5. —
Schneider: Wilhelmshaven 5. — Schuhmacher und
Lebendarbeiter: Breslau 10. — Pflückerheim 20. —
Pirmasens 10. — Textilarbeiter: Alt-Chemnitz 2, 10.
Bergr-Forst 30. — Goltz 96, 10. — Grimmitzau 5. —
Erlangen 10. — Culo-Forst 5. — Gabeln 10. —
Gera 20. — Weihenburg 5. — Zigarren und Tabak-
arbeiter: Finsterwalde 5. — Ortsverbände: Primmkau
10. — Nr. 511, 85. — Bereits quittiert Nr. 592, 40.
Summa Nr. 1104, 25.

Berlin, den 24. April 1913.

A. Klein, Verbandskassierer.

Versammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewer-
vereine (S. D.). — Verbandshaus der Deutschen Gewer-
vereine, Greifswalderstr. 221—22. Wegen des Himmel-
fabrikstages und des Pfingstfestes findet die nächste Sitzung
erst am Mittwoch, 21. Mai statt. Die Besichtigung des
Krematoriums am Sonntag findet wegen baulicher Ver-
änderungen nicht statt.

Gewervereins-Beobachter (S. D.). — Jed. Donner-
tag, abds. 9—11 Uhr Übungsstunde i. Verbandshaus d.
Deutschen Gewervereine (Trüner Saal). Gäste will.

Bildhauer. Berlin. Montag, 28. April, abends
9 Uhr Generalfammlung im Ref. Frauß, Dresdener-
straße 10. Stellungnahme zum Verbandstag.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag
im Monat, abends 8½ Uhr. Vertreter - Sitzung im
Katholis. Gesellschaftshaus, Bremen, Reffenstr. —
Cottbus (Distrikterklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Don-
nerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 42. —
Dessau. Gewervereins-Beobachter (Ortsverband), abds.
8½-11 Uhr Übungsst. i. Vereinsl. „Fasan“, Marktstr. —
Eberfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch
im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreter-sitzung bei Roggen-
kämpfer. Eberfeld, Ruisenstr. und Erholungsstr. Gde. —
Frankfurt a. O. (Gewervereins-Beobachter). Jeden
Freitag von 8—10 Uhr Übungsstunde im Vereinslokal,
Richtstr. 15. — Verbandskollegen herzlich willkommen!
Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag
im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-sitzung. Jeden
ersten und dritten Sonntag, abends 7—9 Uhr, Diskuter-
stunde im Lokal von G. Simon, Alter Markt. —
Gießen u. Nachsen. Jeden dritten Sonntag im
Monat, abends 8½ Uhr Diskuterabend bei Ludwig.
Gumburg (Ortsverb.). Jeden Dienstag, abds. 8½ Uhr im
Restaurant „Viehof“, Zagerstraße 2. Diskuterabend.
Gumburg (Gewervereins-Beobachter). Jeden Donnerstag
Übungsst. b. Thier in Altona, Eimsbüttelstr. 48-50. —
Hannover-Verden und Haggendorf (Ortsverband).
Ronalderi bei Jugenbath am Sonntag nach dem 15. eines
jed. Monats morg. 10 Uhr im Linden bei Herrn Scheinmer. —
Henne (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung
b. Ww. Wih. Rube, Bahnhofsstr. gegenüb. der evang. Kirche. —
Hersleb. Diskuterabend jeden 2. Mittwoch bei Hilde.
— Ritz (Ortsverb.). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds.
8½ Uhr Vertreter-sitzung in der Senz-Erholung, Kreuzgasse. —
Leipzig (Gewervereins-Beobachter). Die Übungsstunden
finden jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereins-
lokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und
Stimmgebende Mitglieder sind herzlich willkommen. —
Mühlheim a. Ruhr. Jeden zweiten Sonntag im Monat
vormittags 10½ Uhr, Vertreter - Sitzung im Verbands-
lokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. —
Schweidnitz (Ortsverb.). Sonnabends, 24. Mai, Ort-
verbandsversammlung im Vereinslokal, „Blauer Hecht“.
— Stettin (Sängerchor d. Gewervereine). Die Übungsstunde
finden jed. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Reht, Post-
straße 5, statt. Stimmgebende Kollegen herzlich willk.
— Stettin (Ortsverb.). Diskutierklub. Sitzung jed. Montag,
abds. 9 Uhr b. Rebel u. Donnerstag 5. Winter i. Bredow. —
Tegel (Diskutierklub für Tegel, Vorkommnisse u. Reiniden-
dorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8—10 Uhr bei
Hömer, Schillerstraße 28, Ecke Schönbergerstraße. —
Thorn (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ort-
vereinsversammlung bei Nicolet, Maurerstr. 62. —
Weihenfels a. E. (Sängerchor „Harmonie“ der Deut-
schen Gewervereine). Übungsstunden jed. Mittwoch, abds.
von 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Röckergarten“.
Besuchende Gewervereinskollegen herzlich willkommen. —
Weihenfels (Ortsverband). Jeden 1. Sonnabend im
Monat Diskutierklub in Hermanns Garten. —
Worms (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends
9½ Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Rheinthal“.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressen-
verzeichnis.
Bismark l. B. (Ortsverein der Bergarbeiter I).
S. Kiewind, Rößingerder, Bismarkstr. 195.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Beschaffung für die
Bibliotheken empfohlen:

Zur Reichsversicherungsordnung Erläuterte Taschenausgaben

von Dr. Franz Hoffmann, Geh. Ober-Regierungsrat, Vor-
trage-ber Rat im Königl. Preuß. Ministerium für Handel und Gewerbe.
(Schymanns Taschenausgaben). Vier selbständige Bändchen:
1. Krankenversicherung Ges. 4 Mk. 2. Gewerbe-Unfallver-
sicherung Ges. 4 Mk. 3. Landwirtschaftliche Unfallverf. u.ug
Ges. 4 Mk. 4. Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung
Ges. 4 Mk.

In jedem Bändchen findet sich das 1. Buch (Gemeinsame Vor-
schriften) und diejenigen Teile des 5. und 6. Buches (Verfahren ic) der
R. V. D., die für den betreffenden Versicherungszweig von Bedeutung
sind. Bei der Erläuterung sind nicht nur die Gesetzestexte, sondern
auch die bisherigen Ausführungsbestimmungen und Entscheidungen
des Reichsversicherungsamts, des R. V. G. und der ordentlichen Gerichte
berücksichtigt, soweit sie noch Anspruch auf Gültigkeit verdienen.

Diese vier Gesetzbücher sind zum Vorzugspreis von 8,30 Mk. pro
Band durch das Verbandsbureau, Berlin KD. 55, Greifswalder-
straße 221—223 zu beziehen.

Schwelm (Beifalen). Durchrei-
fende Gewervereinskollegen erhalten
an Unterstüzung 75 Pfg. beim Ort-
verbandskassierer Ernst Dreuer,
Ruisenstr. 5.

Mühlheim a. d. Ruhr (Orts-
verband). Das Ortsverbands-
gesehnt für durchreisende Kollegen
bei Heinrich Tzelen, Kaiser-
straße 69 II.

Weidlingen, Württg. (Orts-
verband). Als Ortsverbandsgehnt
erhalten durchreisende, arbeitslose
Kollegen 60 Pfg. bei G. Sapper,
Bürstenmacher, Hauptstr. 48.

Werdh l. Pomme. (Ortsverb.).
Durchreis. Gewervereinskollegen er-
halten 50 Pfg. Karten sind zu
haben bei Aug. Dahn, Post-
straße 24. Arbeitsnachweis das.

FAHNEN
Abzeichen u. sämtl. Vereins-
bedarf gut u. billig bei
Th. Berkop, Oppeln.

Chemnitz (Ortsverband). Das
Gesehnt für Durchreisende wird bei
den Ortsvereinskassierern, bei nicht
vorhandenen Berufen nur beim
Ortsverbandskassierer, Koll. Reide,
Bergstr. 64, abends 7—8 Uhr aus-
gegeben. — Der Arbeitsnachweis
wird von Koll. Oswald Risch,
Gesehntstr. 82, verwaltet. Sprecht-
zeit wochentäglich von 7—8 Uhr
abends, am Sonntag von 10—12
Uhr vormittags.

Danzig (Ortsverband). Durch-
reisende Gewervereinskollegen erhal-
ten beim Genossen Kammere, er,
Bismarkstr. 10, Verpflegungsarten

Gamm (Ortsverband). Durch-
reisende Kollegen erhalten Nach-
weis und 75 Pfg. Unterstüzung oder
Nachlogis im dem Bureau der
Maschinenbauer, Wilhelmstr. 15.

Bromberg (Ortsverb.). Durch-
reisende Gewervereinskollegen er-
halten 75 Pfg. Ortsgehnt bei
den Ortsvereinskassierern bezw.
beim Ortsverbandskassierer Kollegen
Schindler, Gesehntstr. 10.

Rothensand und Haggendorf
(Ortsverband). Reiseunterstützung,
65 Pfg., erhalten durchreisende Ge-
werdereiner beim Kollegen Wulf
Pichler, Bauverein Nr. 87, Rothens-
bach i. Schl. Verbands-herberge:
Gasthof zum Klara-Schacht.

Eberfeld-Barmen (Ortsver-
band). Durchreisende Kollegen finden
Nachlogis im Verbandslokal bei
Roggenkämpfer, Eberfeld,
Erholungsstraße 2. Dagehnt be-
findet sich auch die Rechtsanwalts-
stelle.

Freiburg i. Schl. (Ortsverb.).
Durchreisende Kollegen erhält. das
Ortsverbandsgehnt bei Herrn
Ortsvereinskassierer ausgegahnt.
falls der Ortsverein am Orte nicht
vertreten ist, beim Ortsverbands-
kassierer Ernst Gerber, Landes-
büterstr. 85.

Wagadburg (Baubandwerker).
75 Pfennig im Bureau, Katho-
rinenstraße 2/3 II.

Freslau (Ortsverband). Die
Unterstützung an durchreisende Kol-
legen wird ausgegahnt beim Ort-
verbandskassier Friedrich Munder,
Sternstr. 58.

Essart. An durchreisende Kol-
legen wird eine Unterstüzung von
0,75 Mk. durch den Ortsvereins-
kassierer August Seitenrieder,
Rangegrüde 61, gegahnt.

Saarbrücken (Ortsverband).
Durchreisende Kollegen erhalten
50 Pfennig bei den Ortsvereins-
kassierern oder im Sekretariat:
Saarbrücken Rewiewerstr. 42.

Schöppingen (Ortsverb.). Durch-
reisende Verbandsgehnt erhalten
Nachlogis und Verpflegung.
Karten sind zu haben bei J. Stähler,
Bahnhofstr. 18.

Oberhausen (Ortsverb.). Durch-
reisende Kollegen erhalten 1 Mark
Unterstützung im Bureau, Mü-
hlheimerstraße 42.

Der Zentral-Arbeitsnachweis

der Berliner Gewervereine (Hirsch-Drucker)
NO. 55, Greifswalderstraße 221—223
wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.
Bermpfacher: Amt VII, Nr. 4790.